

Protokoll

Vorstandssitzung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien 25.06.2013 (letzte Sitzung: 24.05.2013)

Ort

Arbeiterkammer Wien

Konferenzsaal

Beginn

11:06 Uhr 12:00 Uhr

TeilnehmerInnen

Vorstandsmitglieder:

Kaske Präs (Vorsitz)

Anderl VP (entschuldigt)
Stein VP (entschuldigt)
Steinkellner VP (entschuldigt)
Blauensteiner (entschuldigt)

Brantner Fetik Foglar Kniezanrek

Ledwinka (entschuldigt)

Stranzl

Suchl (entschuldigt)

Teiber Kludak Pöltl Tamandl

Rösch (entschuldigt) Schütz (entschuldigt)

Paiha

Beratend

Muhm Dir

Aschauer-Nagl BL

Ficzko BL Chaloupek BL Kundtner DirStv

Trenner BL

Vom Büro

Daumen (Betriebsrat)

(entschuldigt)

(entschuldigt)

Fassler

Marcon (Betriebsrat)

(entschuldigt)

Mitterlehner

Mulley (Protokoll) Stockerer (Betriebsrat)

Seite 1 von 16

Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 25.06.2013

1	Genehmigung	des	Protokolls	der	Sitzung v	om 2	24.05.2013	3
---	-------------	-----	-------------------	-----	-----------	------	------------	---

1	Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24.05.2013
2	Beschlüsse
2.1	Subventionen 2013
2.2	Änderungen in den Ausschüssen
2.3	Änderungen in den Fachausschüssen
2.4	Änderung der Anteiligen Personalkosten für die Fachausschüsse im Bereich der VIDA
2.5	Fachausschussmittel 3. Quartal 2013
2.6	Festsetzung der Entschädigung der Mitglieder (Ersatzmitglieder) der Wahlbehörden nach den Richtlinien der BAK betreffend die AK Wahl 2014
2.7	Entschädigung für Unterstützungstätigkeiten bei der AK Wahl 2014
2.8	Entsendung in den 11. Lehrgang der BetriebsrätInnen-Akademie – Nachnominierung
2.9	Entsendung in den 11. Lehrgang der BetriebsrätInnen-Akademie – Nachnominierung - Tischvorlage
3	Berichte
3.1	Bericht des Präsidenten – Kaske
3.2	Bericht des Direktors – Muhm
3.3.1	Aktueller Bericht
3.3	Beratung – Trenner
3.3.2	Firma Hellrein Reinigungsdienste GmbH
3.3.3	Verschlechternde Versetzungen
3.3.4	Aktueller Bericht
3.4	Bildung – Aschauer-Nagl
3.4.1	Ganztagsschule im Lichte neuester Forschung
3.4.2	Muttersprachlicher Unterricht in Österreich
343	Work: sounds" – Wie klingt die Arbeitswelt?

3.4.5 Eislaufverein - Postzentrale

3.4.6 Stadtentwicklungsplan STEP Wien 2005

3.4.4 Ausgewählte Daten zur studentischen Erwerbstätigkeit

- 3.4.7 EU Bankkontopaket 2013
- 3.4.8 Handy-Zahlungsformen
- Aktueller Bericht 3.4.9

3.5 Information - Ficzko

- 3.5.1 Preisverleihung Berufswettbewerb
- 3.5.2 Aktueller Bericht

3.6 Soziales - Kundtner

- 3.6.1 Arbeitsmarktdaten Mai 2013
- 3.6.2 Jugendliche ohne betriebliche Ausbildungsplätze Mai 2013
- 3.6.3 Gesundheitsberuferegister-Gesetz BAK Stellungnahme
- 3.6.4 Veranstaltungen
- 3.6.5 Aktueller Bericht

3.7 Wirtschaft - Chaloupek

- 3.7.1 Europäischer Rat am 22.5.2013
- 3.7.2 Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 96/53/EG vom 25.7.1996 zur Festlegung der höchstzulässigen Abmessungen für bestimmte Straßenfahrzeuge im innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Verkehr in der Gemeinschaft sowie zur Festlegung der höchstzulässigen Gewichte im grenzüberschreitenden Verkehr
- 3.7.3 Aktueller Bericht

4 Allfälliges

Kaske begrüßt die SitzungsteilnehmerInnen und ersucht um Genehmigung der Tagesordnung.

Beschluss:

Die Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 25.06.2013 wird genehmigt.

→ einstimmig angenommen

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24.05.2013

Kaske ersucht um Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24.05.2013.

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 24.05.2013 wird genehmigt.

→ einstimmig angenommen

2 Beschlüsse

2.1 Subventionen 2013

Nachdem Muhm die Ablehnung des Subventionsansuchens vom Kulturverein Planet 10 damit begründet, dass zum einen mit neuen Subventionen sehr restriktiv vorgegangen werden soll und das Ansuchen nicht im Aufgabenbereich der AK liegt, ersucht Paiha mit Hinweis auf Unterstützung von Planet 10 durch den ÖGB den Antrag doch zuzustimmen, zumal auch Schwule, Lesben und Transgender ArbeitnehmerInnen sind. Kaske stellt fest, dass der Antrag auf Reisekosten gestellt wurde und deshalb auch nicht genehmigt werden kann.

į	Beschluss: Der Vorstand beschließt die Subventionen für das Jahr 2013 wie folgt:				
Nr	Antragsteller	gefördert 2012	neuer Antrag 2013	Beschluss	
1	Österr-kroatische Gemeinschaft für Kultur und Sport	5.000,00 €	15.000,00 €	5.000,00 €	
→e	instimmig angenommen				
2	Planet 10 – Kulturverein	NEU	1.600,00 €	Ablehnung	
→ mehrstimmig angenommen gegen AUGE					

2.2 Änderungen in den Ausschüssen

Beschluss:

Der Vorstand beschließt folgende Änderungen in den Ausschüssen:

Ausschuss 4

Arbeitsmarktangelegenheiten

und Integration

neues kooptiertes Ersatzmitglied Huemer Barbara AUGE/UG anstelle: Pöll Willibald

Ausschuss 9

Jugendschutz und

Lehrlingswesen

neues Mitglied

Hauer Clemens

FA

anstelle: Lesek Thomas

neues kooptiertes Mitglied

Huemer Barbara

AUGE/UG anstelle: Pöll Willibald

Ausschuss 11

Konsumentenschutz und

Konsumentenpolitik

neues kooptiertes Ersatzmitglied Huemer Barbara

AUGE/UG anstelle: Pöll Willibald

Ausschuss 12

Rechtsschutz und

Rechtsberatung

neues kooptiertes Mitglied

Huemer Barbara

AUGE/UG anstelle: Pöll Willibald

→ einstimmig angenommen

2.3 Änderungen in den Fachausschüssen

Beschluss:

Der Vorstand beschließt folgende Änderungen in den Fachausschüssen:

Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (GdG - KMSfB)

Mitglied neu

Mitglied ausgeschieden

Herold Mag Sabine

Prazsjenka Roswitha

Mayer Christian Schön Viktor Schuster Georg Weissborn Richard

Ersatzmitglied neu

Ersatzmitglied ausgeschieden

Prazsjenka Roswitha

Becker Christian Herold Mag Sabine Mayer Christian Ritter Thomas Weissborn Richard

Hausbesorgerinnen und Hausbetreuerinnen (VIDA)

Ersatzmitglied neu

Gruber Josef Senftner Michael

-> einstimmig angenommen

2.4 Änderung der Anteiligen Personalkosten für die Fachausschüsse im Bereich der Gewerkschaft VIDA

Der Vorstand beschließt folgende Änderung der anteiligen Personalkosten für die Fachausschüsse im Bereich der Gewerkschaft VIDA:

Koll Martina Zaviska hat mit 01.04.2013 die Agenden und Aufgaben von Koll Natalia Seidl im Fachausschussbüro der Gewerkschaft VIDA übernommen.

Die neue Zusammensetzung des Fachausschussbüros ist somit:

Martina Karall (Tätigkeit 100 %) Martina Zaviska (Tätigkeit 100 %)

Die anfallenden Kosten werden aus dem laufenden Budget der insgesamt zehn Fachausschüsse der Gewerkschaft VIDA an die Gewerkschaft refundiert, die Kosten sind im entsprechenden Budget der Fachausschüsse der Gewerkschaft VIDA gedeckt. Der AK Wien entstehen daraus keine zusätzlichen Kosten.

→ einstimmig angenommen

2.5 Fachausschussmittel 3. Quartal 2013

Der Vorstand beschließt folgende Fachausschussmittel für das 3. Quartal 2013:

3. Quartal 2013				
		,		
Fachausschuss		BAWAG-Konto-Nr.		
Handel, Verkehr, Fremdenverkehr	32.010,00	00110-274-815		
Gewerbe und Industrie	27.000,00	00110-274-823		
Geld, Kredit, Versicherungen	12.600,00	00110-274-807		
Graphische u Papierverarb Gewerbe	14.400,00	05410-230-650		
Werbung, Marketing, Kommunikation,	6.000,00	00110-289-880		
Erwachsenenbildung, Erziehung,	6.000,00	00110-292-252		
Kunst, Medien, Sport, freie Berufe	2.802,00	05410-230-986		
Bauhauptgewerbe	17.025,00	05410-230-838		
Bauhilfsgewerbe	11.250,00	05410-230-692		
Maler und Anstreicher	10.002,00	05410-230-820		
Pflasterer	3.300,00	05410-230-862		
Steinarbeiter	3.810,00	05410-230-676		
Hafner-, Fliesenleger- u Rauchfangkehrergewerbe	4.302,00	05410-230-919		
Tapezierer	8.505,00	05410-230-773		
Tischler	12.900,00	05410-230-706		
Bedienstete d Privatkrankenanstalten	4.500,00	05410-231-036		
Friseure und Kosmetiker	16.650,00	05410-230-790		
Denkmal-, Fassaden- u Gebäudereiniger	6.975,00	05410-230-978		
Hausbesorgerinnen, Hausbetreuerinnen	6.300,00	05410-230-951		
Soziale Dienste	3.450,00	05410-230-765		
Gastronomie	7.602,00	05410-231-028		
Hotel- und Beherbergungsbetriebe	7.500,00	05410-230-927		
Heime, Internate	4.350,00	05410-230-757		
Schiene	4.500,00	00110-286-805		

Bewachung und Sicherheit	6.000,00	00110-316-666
Gartenbau und Floristik	6.000,00	05410-230-846
Bäcker	6.000,00	05410-230-854
Fleischer	4.728,00	05410-230-994
Getränke	6.000,00	05410-231-010
Zuckerbäcker	11.700,00	05410-231-001
Chemie	6.705,00	05410-230-889
Metall- und Orthopädietechnik	8.520,00	05410-230-811
Sanitär-, Heizungs- u Lüftungstechnik	13.800,00	05410-230-722
Spengler und Kupferschmiede	6.150,00	05410-230-749
Elektrotechniker, Gürtler, Graveure	8.100,00	05410-230-803
Mechaniker	9.399,00	05410-230-943
Textil	3.600,00	05410-230-935
Bekleidung	3.600,00	05410-230-897
Schuh/Leder	3.600,00	05410-230-714
Berufskraftfahrer	21.000,00	05410-665-419
Gesundheitsberufe	16.500,00	05410-027-560
	375.135,00	

[→]einstimmig angenommen

2.6 Festsetzung der Entschädigung der Mitglieder (Ersatzmitglieder) der Wahlbehörden nach den Richtlinien der BAK betreffend die AK Wahl 2014

Der Vorstand beschließt folgende Festsetzung der Entschädigung der Mitglieder (Ersatzmitglieder) der Wahlbehörden nach den Richtlinien der BAK betreffend die AK Wahl 2014:

1. Die Mitglieder (Ersatzmitglieder) der Hauptwahlkommission, der Zweigwahlkommissionen und der Sprengelwahlkommissionen erhalten für ihre Tätigkeit eine Entschädigung in folgendem Ausmaß:

1.1 Hauptwahlkommission

- a) Dem Wahlkommissär wird eine pauschalierte Entschädigung im Ausmaß von € 3.600,- gewährt. Die Stellvertreterin des Wahlkommissärs erhält keine Entschädigung.
- b) Die weiteren Mitglieder der Hauptwahlkommission und deren Ersatzmitglieder erhalten für die Sitzungen der Hauptwahlkommission eine Entschädigung im Ausmaß von € 10,- pro Stunde. Die Gesamtzahl der Stunden für eine Sitzung ist auf die nächste volle Stunde aufzurunden. Eine Entschädigung gebührt nur für Sitzungen, an denen das Mitglied (Ersatzmitglied) teilgenommen hat. Über die Teilnahme der Mitglieder (Ersatzmitglieder) sind Aufzeichnungen zu führen. Die Gesamtsumme der Entschädigung pro Mitglied (Ersatzmitglied) darf € 100,- pro Sitzung der Hauptwahlkommission nicht überschreiten.

1.2 Zweigwahlkommission

- a) Dem Wahlleiter/der Wahlleiterin und seinem/r/ihrem/r Stellvertreter/in wird eine pauschalierte Entschädigung im Ausmaß von je € 1.600,- gewährt.
- b) Die weiteren Mitglieder der Zweigwahlkommission und deren Ersatzmitglieder erhalten für die Sitzungen der Zweigwahlkommission eine Entschädigung im Ausmaß von € 10,- pro Stunde. Die Gesamtzahl der Stunden für eine Sitzung ist auf die nächste volle Stunde aufzurunden. Eine Entschädigung gebührt nur für Sitzungen, an denen das Mitglied (Ersatzmitglied) teilgenommen hat. Über die Teilnahme der Mitglieder (Ersatzmitglieder) der Zweigwahlkommissionen sind Aufzeichnungen zu führen. Diese sind vom/von der Vorsitzenden (seinem/r/ihrem/r Stellvertreter/in) der Zweigwahlkommission zu unterfertigen und an das Wahlbüro weiterzuleiten. Die Gesamtsumme der Entschädigung pro Mitglied (Ersatzmitglied) darf € 100,- pro Sitzung der Zweigwahlkommission nicht überschreiten.

1.3 Sprengelwahlkommission

Die Mitglieder der Sprengelwahlkommission und deren Ersatzmitglieder erhalten für die notwendige Einschulung und für die Tätigkeit in der Kommission eine Entschädigung von € 10,- pro Stunde. Die zur Vorbereitung und zum Abschluss der Wahlhandlung erforderliche Zeit ist in die Zeit der Tätigkeit einzurechnen. Die Gesamtzahl der Stunden für einen Wahltag ist auf die nächste volle Stunde aufzurunden. Eine Entschädigung gebührt nur für tatsächlich geleistete Einsatzstunden. Über die Einsatzdauer der Mitglieder (Ersatzmitglieder) der Sprengelwahlkommissionen sind Aufzeichnungen zu führen. Diese sind vom/von der Vorsitzenden (seinem/r/ihrem/r Stellvertreter/in) der Sprengelwahlkommission zu unterfertigen und mit den Wahlunterlagen an das Wahlbüro weiterzuleiten. Die Gesamtsumme der Entschädigung pro Mitglied (Ersatzmitglied) der Sprengelwahlkommission darf € 100,- pro Tag nicht überschreiten. Die Auszahlung erfolgt ausschließlich durch Überweisung auf das angegebene Bank- bzw. Postscheckkonto.

2. An Funktionäre/innen, die gemäß § 73 Abs 1 AKG eine Funktionsgebühr beziehen, wird keine Entschädigung nach Punkt 1. ausbezahlt.

- 3. Mitgliedern (Ersatzmitgliedern) der Wahlbehörden wird ein durch die Ausübung ihrer Funktion entstandener, nachgewiesener Verdienstentgang von der Arbeiterkammer ersetzt.
- 4. Mitglieder (Ersatzmitglieder) der Wahlbehörden haben Anspruch auf Ersatz von Reisekosten unter den gleichen Voraussetzungen und im gleichen Ausmaß, wie dies für die Arbeitnehmer/innen der Arbeiterkammern in den dienstrechtlichen Vorschriften vorgesehen ist.
- →einstimmig angenommen

2.7 Entschädigung für Unterstützungstätigkeiten bei der AK Wahl 2014

Folgende Entschädigungen für Unterstützungstätigkeiten bei der AK Wahl 2013 wurden beschlossen:

Wahlhelferinnen-Entschädigung

Die nachfolgenden Entschädigungssätze werden für Kontaktpersonen gewährt, die in Betrieben eine Briefwahl organisatorisch unterstützen.

Eine organisierte Briefwahl ist für folgende Betriebe geplant:

- a) Betriebe, in welchen aufgrund der schlechten Erreichbarkeit der wahlberechtigten MitarbeiterInnen ein Betriebswahlsprengel nicht sinnvoll erscheint. Dies sind jene Betriebe (oder Teile der Belegschaft), in welchen MitarbeiterInnen - durch Außendienst oder unregelmäßige Arbeitszeiten - zu fixen Wahlzeiten im Betriebswahlsprengel nur unzureichend erreichbar wären.
- b) Kleine Betriebe, in welchen die Einrichtung eines Betriebswahlsprengels aufgrund des hohen organisatorischen Aufwandes (mindestens 3 Kommissionsmitglieder usw.) nicht sinnvoll erscheint.

Folgende Formen der Briefwahl im Betrieb sind geplant:

1) "Änderung der Zustelladresse"

Wahlkarte wird den Wahlberechtigten an die Betriebsadresse gesendet. Die Kontaktperson informiert die Wahlberechtigten über die Bedeutung der AK-Wahl, über das Einlangen der Wahlkarten und sorgt dafür, dass die Wahlberechtigten ohne organisatorischen Aufwand ihr Wahlrecht mittels Wahlkarte wahrnehmen können.

2) "Einsammel-Betriebe"

Kontaktperson wird durch die Wahlberechtigten eines Betriebes per Unterschriften berechtigt, die Wahlkarten aus dem Wahlbüro abzuholen. Die Kontaktperson verteilt die Wahlkarten an die Wahlberechtigten. Die Wahlberechtigten bestätigen die Übernahme mit einer zweiten Unterschrift. Die Kontaktperson sorgt dafür, dass die Wahlberechtigten ohne organisatorischen Aufwand ihr Wahlrecht mittels Wahlkarte wahrnehmen können.

Folgende Entschädigungssätze für Unterstützungstätigkeiten sind <u>pro Kontaktperson</u> für beide Formen der Briefwahl im Betrieb vorgesehen:

Bis 50 wahlberechtigte BriefwählerInnen: 70 Euro 51 bis 100 wahlberechtigte BriefwählerInnen: 100 Euro 101 bis 200 wahlberechtigte BriefwählerInnen: 150 Euro Über 200 wahlberechtigte BriefwählerInnen: 200 Euro

Für notwendige und mit dem Wahlbüro abgesprochene Fahrten mit dem eigenen PKW erhalten Kontaktpersonen das amtliche Kilometergeld.

Außerhalb der Unterstützung der Briefwahl im Betrieb werden Entschädigungen an Kontaktpersonen nur in Ausnahmefällen bei hohem Arbeitsaufwand und nach Rücksprache mit dem Wahlbüroleiter gewährt.

Ziel der "organisierten Briefwahl" ist die Erhöhung der Wahlbeteiligung durch bessere Erreichbarkeit der Wahlberechtigten.

→ einstimmig angenommen

2.8 Entsendung in den 11. Lehrgang der BetriebsrätInnen-Akademie - Nachnominierung

Die Frage von Paiha nach der Notwendigkeit von Nachnominierungen erklärt Muhm mit den in der Zwischenzeit statt gefundenen Betriebsratswahlen, die entsprechende personelle Änderungen bewirkt haben und für den Vorschlag der Gewerkschaften für die Aufnahme in einen BRAK-Lehrgang relevant sind. Kaske schlägt vor, sich für die Zukunft Modalitäten zu überlegen, damit es zu weniger Nachnominierungen kommt.

Der Vorstand beschließt folgende Nachnominierung in den 11. Lehrgang der BetriebsrätInnen-Akademie:

Die Gewerkschaft GPA-djp ersucht die KollegInnen:

PFEIFFER-JAKOB Bianca, SAMETINGER Astrid und GROSS Andreas

die Gewerkschaft GÖD ersucht den Kollegen:

NOWAK Wolfgang

und die Gewerkschaft Vida ersucht den Kollegen:

ZULJ Mihael

für den 11. Lehrgang der BRAK nachzunominieren.

Aufgrund der Ergebnisse des nachträglichen Aufnahmeverfahrens wird dem Vorstand die Entsendung von diesen Kollegen vorgeschlagen.

→einstimmig angenommen

2.9 Entsendung in den 11. Lehrgang der BetriebsrätInnen-Akademie -Nachnominierung

Der Vorstand beschließt folgende Nachnominierung in den 11. Lehrgang der Betriebsrätinnen-Akademie:

Die Gewerkschaft Vida ersucht den Kollegen:

NEMETH Peter

für den 11. Lehrgang der BRAK nachzunominieren.

Aufgrund der Ergebnisse des nachträglichen Aufnahmeverfahrens wird dem Vorstand die Entsendung dieses Kollegen vorgeschlagen.

→einstimmig angenommen

3 Berichte

3.1 Bericht des Präsidenten

Kaske gratuliert einleitend Präsident Foglar sehr herzlich zum erfolgreich abgelaufenen ÖGBund geht anschließend auf die von der Statistik Austria Bevölkerungsbewegung ein. 2012 hatte Österreich im Jahresschnitt eine Bevölkerung von 8.426.311 Menschen. Im Vergleich zu 1990 waren jedoch um 4% weniger in der Kohorte der bis 19jährigen und um 3% mehr im Bereich der über 65jährigen, was auch eine zunehmende "Alterung" der Gesellschaft hinweist. Eingehend auf den Arbeitsmarkt bemerkt der Präsident, dass zwar Österreich im EU-Vergleich relativ gut da steht, aber trotz zunehmender Beschäftigung Sorgen bereitet. Insbesondere nimmt die Teilzeitbeschäftigung, von der überwiegend Frauen betroffen sind, zu, andererseits sind Maßnahmen im Bereich der Lehrlingsausbildung und für ältere ArbeitnehmerInnen unbedingt notwendig. So etwa sind von den 57.511 Lehrlingen, die 2011 zur Abschlussprüfung antraten, 10.071 Lehrlinge durchgefallen, 3.000 bis 4.000 traten Schätzungen zufolge gar nicht an. Beinah jeder vierte Lehrling stand also am Ende seiner Ausbildung ohne Abschluss da. Das heißt, dass mehr Qualitätssicherung in der Lehrausbildung eine zentrale Forderung sein muss. Die Beschäftigung der Personen über 55 Jahren ist in den vergangenen Jahren zwar angestiegen – allerdings weit weniger als die Arbeitslosigkeit. Von 2008 auf 2012 ist die unselbständige Beschäftigung der Altersgruppe "55+" um 20% angestiegen, allerdings ist die Zahl der Arbeit Suchenden Personen (inkl. Menschen, die sich in Schulungen des AMS befanden) um 35% gestiegen! Eine Wiedereinführung eines Bonus-Malus-Modells wäre deshalb notwendig. Einerseits sollen Unternehmen belohnt werden, wenn sie Personen der Generation 50+ einstellen, andererseits sollen ältere Mitarbeiter länger im Betrieb gehalten werden. Weiters muss die betriebliche Gesundheitsförderung weiter gefördert werden.

Weiters berichtet der Präsident von der erfolgreichen Aktion "Wien radelt zur Arbeit". In Bezugnahme auf die Alpine-Insolvenz merkt er an, dass damit einmal mehr und auch in Hinblick auf allfällige weitere Pleiten in der Zukunft aufgezeigt ist, dass es keinesfalls zu einer Senkung der Arbeitgeberbeiträge in den Insolvenzentgeltfond kommen darf. Kaske berichtet abschließend aktuell, dass heute der Ministerrat ein 1,5 Milliarden Konjunkturpaket beschlossen hat, welches in weiten Teilen den Forderungen der AK nach der Förderung von sozialem Wohnbau, Kinderbetreuung sowie des Bereichs Pflege und Betreuung entspricht. Investiert wird genau in jenen Bereichen, die nicht nur den Menschen wesentlich helfen, sondern auch Arbeit schaffen.

Tamandl schließt sich der Gratulation an Foglar an. Sie hofft, dass viele Alpine-MitarbeiterInnen bzw. Baustellen der Alpine von anderen Bauunternehmungen übernommen werden. Sie hat allerdings Bedenken, dass in einigen Fällen Neuausschreibungen notwendig sein werden, wodurch viel Zeit vergeht. Sie regt an, dass die AK im Sinne der ehemaligen Alpine-MitarbeiterInnen etwas Druck ausübt. Bedenken äußert sie auch über die Lage der zahlreichen durch die Alpine-Pleite betroffenen z.T. kleinen Bauzulieferbetriebe und ersucht auch diese immer im Auge zu behalten. Trenner merkt an, dass die AK auf das Vergaberecht keinen Einfluss nehmen kann. Kaske betont, dass alle Beteiligten sehr bemüht sind zu schauen, dass es eine Weiterbeschäftigungsmöglichkeit für die Alpine-MitarbeiterInnen geben wird.

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.2 Bericht des Direktors - Muhm

Muhm merkt aktuell an, dass es am 24. Juni 2013 am Nachmittag einen Termin für die Information der FunktionärInnen zum Thema "Korruptionsprävention" gab, eine entsprechende schriftliche Unterlage wird erstellt werden.

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.3 Beratung - Trenner

Trenner berichtet mit Bezugnahme auf einen am 23.01.2012 im Profil erschienenen Artikel, dass die bei der Firma Hellrein Reinigungsdienste GmbH beschäftigten ArbeitnehmerInnen systematisch zu wenig Geld erhalten. Indirekt wurde die Frage gestellt, ob die Arbeiterkammer Wien hier zu wenig offensiv vorgehe. Dazu ist festzustellen: Von den ArbeitnehmerInnen der Firma Hellrein gibt es tatsächlich zahlreiche Vorsprachen und eine maßgebliche Anzahl von Verfahren wird geführt. Leider müssen die meisten Prozesse aber mit Vergleich beendet werden, da die ArbeitnehmerInnen meist nur über mangelhafte Beweismittel verfügen und vor Gericht auch nicht so eloquent auftreten wie etwa Unternehmer oder Steuerberater. In der Rechtssache von Frau S. wurde nunmehr ein Erfolg erzielt und das positive erstgerichtliche Urteil nun auch vom Oberlandesgericht Wien in zweiter Instanz bestätigt.

Weiters macht der Bereichsleiter auf die leider zunehmenden verschlechternden Versetzungen bei Schwangerschaft und Wiedereinstieg aufmerksam. Allein im April 2013 gab es 61 verschlechternde Versetzungen. Dies dürfte nur die Spitze des Eisberges sein, da viele Betroffene sich nicht an die Arbeiterkammer wenden bzw aus Angst vor einem Jobverlust einer verschlechternden Versetzung zustimmen.

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

Aschauer-Nagl verweist einleitend auf den instruktiven schriftlichen Bericht über die Behandlung der Thematik "Ganztagsschule" im "Nationalen Bildungsbericht 2012". Erfreulicherweise setzten sich die AutorInnen des Bildungsberichts in ausführlicher Form wissenschaftlich fundiert mit der Ganztagsschule auseinander und unterstützen die Forderung, die ganztägigen Betreuungsplätze weiter auszubauen und wissenschaftlich zu begleiten, um eine gute Qualität zu garantieren. Bezüglich muttersprachlichen Unterricht in Österreich macht die Bereichsleiterin auf die AK-Forderungen nach einer Stärkung der Muttersprachkompetenzen im Kindergarten, mehr MigrantInnen in die Ausbildungsberufe für Lehrerln und Kindergartenpädagogln, der Einführung der wichtigsten MigrantInnensprachen als zweite Fremdsprache in den Schulen und einer stärkeren Bewusstseinsarbeit über den Stellenwert der MigrantInnensprachen, aufmerksam. Anschließend berichtet sie über ein neues von der AK und Educult angebotenes Projekt für technische Schulen (HTL), bei dem sich Jugendliche mit Methoden der ästhetischen Forschung mit der Arbeitswelt auseinandersetzen. Auf sinnliche Weise sollen dadurch neue Zugänge zur Arbeitswelt gefunden und in einer anregenden Lernumgebung gemeinsam Erfahrungen gemacht und ausgetauscht werden.

Weiters informiert sie über die Erkundung der Arbeitswelt durch Jugendliche. Unter dem Titel "work::sounds – Wie klingt die Arbeitswelt?" erkunden Jugendliche unterschiedliche Arbeitsumfelder und entdecken dabei aktiv ihren eigenen Bezug zur Arbeitswelt. Sie ergründen unter anderem, ob die tatsächlichen Arbeitsumgebungen ihren bestehenden Vorstellungen standhalten können. Den Bildungsbereich abschließend präsentiert Aschauer-Nagl ausgewählte Daten zur studentischen Erwerbstätigkeit aus der letzten Studierenden-Sozialerhebung, die im Sommersemester 2011 durchgeführt wurde.

Paiha fragt, ob im Rahmen der Studierenden-Sozialerhebung auch abgefragt wurde, ob die Teilzeitarbeitenden Studierenden gerne eine längere Arbeitszeit hätten. Aschauer-Nagl verspricht dieser Frage nachzugehen. [Anm.: Paiha wurde mitgeteilt, dass betreffend Vereinbarkeit von Studium und Beruf nur abgefragt wurde, ob die betroffenen Studierenden den Umfang der Erwerbstätigkeit gerne reduzieren würden, um mehr Zeit, für das Studium zu haben. Eine Frage zur gewünschten Ausweitung der Erwerbstätigkeit findet sich nicht im Bericht. Die entsprechenden Hinweise sind unter www.sozialerhebung.at (Band 2, S. 171, Tabelle 60) abrufbar.]

Eingehend auf Kommunales verweist **Aschauer-Nagl** auf den Stand "Areal Eislaufverein" und den Neubau der Postzentrale. Ein kurzer Zwischenbericht über den Stadtentwicklungsplan STEP Wien 2025 und der Hinweis auf die bereits vom Präsidenten in seinem Bericht erwähnte sehr erfolgreiche Aktion "Wien radelt zur Arbeit" runden die die Stadt betreffenden Berichte ab.

Konsumentenpolitisch ist vor allem zu erwähnen, dass die EU nun doch einen Richtlinienvorschlag über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontogebühren, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen, erstellt hat, der den Konsumenten Vorteile bringen wird. Grosso modo geht es um eine von der AK auch immer geforderte Transparenz von Kontogebühren, um Vorschriften für einen Kontowechsel-Service und um die Einführung eines Rechtsanspruchs auf ein Girokonto. Die AK wird eine Stellungnahme bzw im Sinne der Konsumenten notwendige Änderungsanträge erstellen und an die Kommission und das EU-Parlament übermitteln. Nachdem sich Ratsuchende KonsumentInnen zunehmend an die AK wenden, wenn sie unerklärliche Positionen wie bspw. "Kauf digitaler Güter" auf ihrer Mobilfunkrechnung vorfinden, hat die AK das Österreichische Institut für Telekommunikation mit einer Erhebung beauftragt, wie Webangebote, die über Mobilfunkanbieter abgerechnet werden, in der Praxis gestaltet sind. Daraus ergaben sich die - in der schriftlichen Unterlage ausgeführten - Forderungen der AK, die es nun bei den Mobilfunkanbietern durchzusetzen gilt.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.5 Information – Muhm (i.V. Ficzko)

Muhm entschuldigt den im Urlaub befindlichen Koll. Ficzko und verweist auf den vorliegenden schriftlichen Bericht.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.6 Soziales - Kundtner

Kundtner verweist auf die allen Vorstandsmitgliedern zugegangenen schriftlichen Berichte aus ihren Bereich und bemerkt aktuell, dass sich am 27.6. der Parlamentsausschuss mit der Causa "Registrierung der Gesundheitsberufe" beschäftigen wird. AK-intern läuft die Vorbereitung für die Durchführung der Registrierung nach Plan. Im Rahmen der Besprechungen über die Hochwasserkatastrophe kam es zu einem Erfolg der AK bezüglich der gleichen Behandlung von Arbeitern und Angestellten bei Dienstverhinderung: Damit gelang ein wichtiger weiterer Schritt zur Gleichstellung von Arbeitern- und Angestellten im Arbeitsrecht. Die Causa liegt nun im Sozialausschuss des Nationalrates.

⇒ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.7 Wirtschaft – Chaloupek

()

Chaloupek muss - nach Verweis auf die beiden schriftlich vorliegenden Unterlagen aus seinem Bereich - aktuell feststellen, dass sich die Teuerung in Österreich im Mai beschleunigt hat. Die Inflationsrate betrug nach Berechnungen der Statistik Austria 2,3 Prozent, nach 2,0 Prozent (revidiert) im April. Ausschlaggebend für den stärkeren Anstieg des Preisniveaus waren weitere Preisschübe bei Nahrungsmitteln, andererseits sind die Treibstoffpreise nicht mehr so stark gesunken wie davor. Menschen mit geringeren Einkommen, die einen größeren Teil ihres Budgets fürs Essen ausgeben müssen, werden von der Teuerung derzeit besonders stark getroffen - ohne teurere Nahrungsmittel hätte die Inflation im Mai nur 1,7 statt 2,3 Prozent betragen. Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke waren im Mai um 4,7 Prozent teurer als vor einem Jahr. Hauptpreistreiber waren dabei insbesondere Nahrungsmittel, bei denen die Teuerung im Mai sogar 5,4 Prozent betrug. Fleisch war um 5,5 Prozent teurer als vor einem Jahr, Gemüse um 12,7 Prozent, Brot und Getreideerzeugnisse um 2,9 Prozent, Obst um 9,2 Prozent, Milch, Käse und Eier um insgesamt 3,1 Prozent, Fisch um 15,4 Prozent. Die AK stellt seit Jahren den Österreich-Aufschlag an den Pranger. Weiters berichtet der Bereichsleiter, dass die Österreichische Nationalbank (OeNB) ihre Wachstumsprognose für heuer und das kommende Jahr um 0,2 Prozent gesenkt hat. Für das laufende Jahr wird nunmehr ein Wachstum von 0,3 Prozent und für 2014 von 1,5 Prozent erwartet. Grund dafür ist eine schwächere Nachfrage nach österreichischen Exporten. Erst 2015 wird Österreichs Wirtschaft mit 1,8 Prozent wieder im langjährigen Durchschnitt wachsen. Österreich kann sich der nach wie vor unsicheren internationalen Entwicklung nicht entziehen, auch wenn es sich im Vergleich zu anderen Staaten noch gut hält.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.